

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Stephan Protschka, Peter Felser, Frank Rinck, Bernd Schattner, Dietmar Friedhoff, Steffen Janich, Enrico Komning, Uwe Schulz und der Fraktion der AfD

Düngemittelversorgung in Deutschland

Die bereits seit vielen Monaten explodierenden Energiepreise – insbesondere für Erdgas – haben mindestens seit vergangenem Herbst dazu geführt, dass etliche Düngerhersteller ihre Produktion zeitweise drosseln oder ganz einstellen mussten (<https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/energiepreiskrise-teures-erdgas-duengerhersteller-drosseln-europaweit-die-produktion/27680866.html>). Infolge kam es zu einer weltweiten Verknappung von Mineraldüngern beziehungsweise zu starken Preisanstiegen (ebd.). Die Düngerpreise waren zu Beginn des Jahres im Vergleich zum Vorjahr mehr als dreimal so hoch. Weil ein Nachholen der Düngemittelproduktion, die im vergangenen Jahr runtergefahren wurde, jetzt nicht mehr möglich sei, werde es in Konsequenz zu Verteuerungen bei Lebensmitteln kommen, heißt es aus der Branche (<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/technologie/duengemittel-knappheit-ukraine-russland-101.html>). Das ifo-Institut rechnete deshalb bereits im Februar 2022 damit, dass die Lebensmittelpreise in diesem Jahr um durchschnittlich mehr als 12 Prozent steigen würden (<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/lebensmittel-preise-teurer-anstieg-101.html>).

Der Ukraine-Krieg hat die Lage zweifelsohne verschärft und wird die Preise noch stärker als erwartet nach oben treiben. Die globalen Märkte wurden weitestgehend von russischen und ukrainischen Stickstoff- und Kalidüngemitteln abgeschnitten, was zu einem erheblichen Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage sowie einem erneuten kräftigen Preisanstieg und hoher Preisvolatilität geführt hat (<https://www.agrarheute.com/markt/duengemittel/duengerpreise-kein-ausweg-duengerkrise-fakten-592545>). Mittlerweile haben sich die Düngerpreise im Vergleich zum Vorjahr bereits verfünffacht (https://www.proplanta.de/agrar-nachrichten/pflanze/teurer-duenger-landwirte-warnen-vor-einbusse-n-bei-ernten_article1648978989.html). Wirtschaftlich ist das für die landwirtschaftlichen Betriebe gar nicht mehr darstellbar und wird höchstwahrscheinlich dazu führen, dass die Landwirte so wenig Mineraldünger wie möglich ausbringen werden, was wiederum negative Auswirkungen auf die Erntemengen und Erntequalitäten hätte und zu weiteren Lebensmittelpreissteigerungen führen könnte (https://www.zeit.de/news/2022-04/03/bauernverband-warnt-vor-folgen-horrender-duengerpreise?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viel Wirtschaftsdünger hat die Bundesrepublik Deutschland nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen fünf Jahren importiert (bitte nach Art, Herkunftsland, Menge in Tonnen, Jahr und Bundesland aufschlüsseln)?
2. Wie viel Prozent des Nährstoffbedarfs, insbesondere Stickstoff, der deutschen Ackerbaukulturen werden nach Kenntnis der Bundesregierung durch Wirtschaftsdünger aus der deutschen Nutztierhaltung gedeckt?
3. Hat die Bundesregierung Kenntnis, um wie viel Prozent die verwendete Stickstoff-Düngemenge aus der Nutztierhaltung und aus Gärresten aus Biogasanlagen in Deutschland sinken würde, wenn die Nutztierbestände in Deutschland um 5, 10, 15, 20, 25, 50 oder 75 Prozent reduziert werden würden?
 - a) Wenn ja, um wieviel?
 - b) Wenn nein, hat diese Unkenntnis Auswirkungen für den weiteren Prozess des sogenannten Umbaus der Nutztierhaltung, und wenn ja, welche (<https://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2022/18-austausch-tierschutz-lebensmittelverbaende.html>)?
4. Hat die Bundesregierung Maßnahmen beschlossen beziehungsweise beabsichtigt die Bundesregierung, Maßnahmen zu beschließen, um die Produktion von Mineraldünger in Deutschland aufrechtzuerhalten, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass etliche Hersteller ihre Produktion aufgrund der hohen Erdgaspreise bereits seit Oktober vergangenen Jahres deutlich einschränken mussten (<https://www.agrarheute.com/markt/duengemittel/basf-drosselt-duengerproduktion-europa-duengerpreise-explodieren-585860>)?
 - a) Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
5. Was genau meint der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft Cem Özdemir, wenn er die Nutztierbestände in Deutschland reduzieren und gleichzeitig die Importabhängigkeit von Mineraldüngern verringern möchte, indem mehr Wirtschaftsdünger eingesetzt wird (<https://www.tageschau.de/multimedia/sendung/bab/bab-5747.html>)?
6. Was genau meint der Bundeslandwirtschaftsminister, wenn er sagt, dass der Zukauf von Mineraldünger idealerweise nicht mehr nötig wird, wenn die Zahl der Tiere, die ein Betrieb hält, im Einklang mit der Fläche steht, die er bewirtschaftet (<https://www.welt.de/wirtschaft/article238212321/Drrohende-Hungerkrise-Mit-mehr-Guelle-gegen-die-Duenger-Knappheit.html>)?
 - a) Was bedeutet das konkret für landwirtschaftliche Betriebe, die keine Tierhaltung haben?
 - b) Was bedeutet das für die Phosphor-Bilanzen der Betriebe, und sind diesbezüglich Gesetzesänderungen geplant, und wenn ja, welche?
 - c) Welche Zielkonflikte sind der Bundesregierung diesbezüglich mit den Cross-Compliance-Verpflichtungen und den Vorgaben durch die Düngerverordnung bekannt, und sind diesbezüglich Gesetzesänderungen geplant, und wenn ja, welche?

7. Beabsichtigt die Bundesregierung, dem Beispiel Frankreichs zu folgen und die Düngerversorgung in Deutschland abzusichern (<https://www.topagrarr.com/energie/news/franzoesische-landwirte-werden-bei-energieabgaben-entlastet-13056313.html>)?
 - a) Wenn ja, wann, und mit welchen Maßnahmen?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
8. Beabsichtigt die Bundesregierung, von dem durch die EU gelockerten Rechtsrahmen für Staatshilfen Gebrauch zu machen, um die wirtschaftlichen Verwerfungen infolge des Ukrainekriegs kompensieren zu können und landwirtschaftlichen Betrieben Beihilfen von bis zu 35 000 Euro oder Liquiditätshilfen zu gewähren (https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1963; Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/1280 – Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf die Ernährungssicherheit, Frage 12)?
 - a) Wenn ja, wann, und wie konkret?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
9. Ist der Bundesregierung bekannt, dass die polnische Regierung den durch die EU gelockerten Rechtsrahmen für Staatshilfen nutzt, um landwirtschaftliche Betriebe mit bis zu etwa 5 300 Euro beim Kauf von Düngemitteln zu unterstützen, EU-Agrarkommissar Janusz Wojciechowski dies bereits bestätigt hat, und beabsichtigt die Bundesregierung einen ähnlichen Düngemittelzuschuss für landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland (ebd.; https://www.agra.de/age-kompakt/ansicht/news/page?tx_news_pi1%5Bnews%5D=21507&cHash=fff35e32144e5071859174a0760fe77f; <https://www.topagrarr.com/management-und-politik/news/polen-das-ringen-um-duengerzuschuesse-geht-weiter-13071816.html>)?
10. Werden die vorgesehenen 60 Mio. Euro aus der Krisenreserve der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die die Bundesregierung um 200 Prozent auf 180 Mio. Euro aufstocken möchte und die den landwirtschaftlichen Betrieben als „schnelle Hilfe“ zur Verfügung gestellt werden sollen, zu Kürzungen bei den Direktzahlungen im Folgejahr oder sonstigen Kürzungen für die landwirtschaftlichen Betrieben führen, und wenn ja, inwiefern (<https://www.agra.de/age-kompakt/ansicht/news/oezdemir-will-eu-mittel-auf-180-millionen-euro-aufstocken>)?
11. Welche Auswirkungen hätte nach Kenntnis der Bundesregierung ein Gasembargo gegen Russland auf die Düngerversorgung und Düngerproduktion in Deutschland?
12. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Mineraldüngerimporte aus Russland und Weißrussland in den vergangenen fünf Jahren (bitte nach Land, Art und Jahr angeben)?
13. Aus welchen anderen Ländern kann der bisherige Bedarf an Mineraldüngerimporten aus Russland und Weißrussland nach Kenntnis der Bundesregierung kurzfristig ersetzt werden, sind diesbezüglich Maßnahmen von der Bundesregierung geplant, und wenn ja, welche (bitte auch nach Stickstoff, Phosphor und Kali aufschlüsseln)?

14. Hat die Bundesregierung Kenntnis, ob die EU beabsichtigt, die Importzölle auf Düngemittel auszusetzen (<https://www.dw.com/de/fehlender-d%C3%BCnger-aus-russland-treibt-die-weltmarktpreise/a-61191751>)?
- a) Wenn ja, wann genau?
 - b) Wenn nein, wird die Bundesregierung sich diesbezüglich auf EU-Ebene einsetzen?

Berlin, den 9. Mai 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion